

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnements (für den Monat) 1.20 RM (halbjährlich 6 RM), durch die Post bezogen monatlich 1.25 RM (Lebende Zuteilungsgeld) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: 2. / Fernsprech-Sammelnummer 17 250 / Postfach Dresden Nr. 13 153, Emil Schlegel-Straße 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Oberbahnpost 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich geprüfte Komposition oder deren Raum 0.30 RM. Für Familienanzeigen 0.20 RM. Für die Reklameweile anschließend an den dreifachpaltigen Zeitstreifen 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tage vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-L. / Abdruckkosten: Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Italien abheben: Der Abdruck besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 18. Februar 1927

Nummer 41

Ein neues 1914! Das Programm des Generals Heye

Die SPD dankt ihm für seine Rede

In Hauptauschuss des Reichstages wurden am Donnerstag den 17. Februar die Beratungen über den Reichswehretat beendet.

Zunächst stellte sich der neue Chef der Heeresleitung, der General Heye, dem Ausschuss mit einer 15-minütigen Rede vor. Während er sprach, der General v. Haast, der SPD-Mann Schöppin der Deutschnationale von der Schulenburg und für die kommunistische Fraktion der Genosse Treuschburg.

Die Ausführungen des Generals Heye waren ein Programm des Bürgerkriegs gegen die Arbeiterklasse und der Kampfes gegen die Sowjetunion. Er erklärte, daß die Reichswehr auch heute ein Volksherr sei, das alle Vorbereitungen für den kommenden Krieg treffen müsse. Er hoffe, daß im Falle des Krieges wiederum wie 1914 das Volk sich einig sei. Er sprach sich gegen die Wehrmacht, die im Falle des Krieges wiederum wie 1914 das Volk sich einig sei. Er sprach sich gegen die Wehrmacht, die im Falle des Krieges wiederum wie 1914 das Volk sich einig sei.

Der General v. Haast bekräftigte sich lediglich mit einigem Wohlwollen. Er betonte, daß für die Untertunft der Wehrmacht nicht gelten werden müsse.

Die beiden Ausführungen der beiden Generale erlebte der Ausschuss eine Entladung.

Der Vorsitzende der Sozialdemokrat Heimann, erhob sich um Geleit und den Generalen für ihre ausführlichen Ausführungen zu danken. Das hinderte dann die nächsten Reden der Sozialdemokraten Schöppin, der Deutschnationalen, daß die Herren mit ihrem Reden nur die Wehrmacht in der Reichswehr zu verneinen. Als er sprach, der Sozialdemokrat Heye er dann, wie es sich für einen Sozialdemokraten gehört, fort:

„Die Sozialdemokratie hat sich an dem Aufbau der Reichswehr beteilig. Sie hat bis zur Stunde der Reichswehr alle Mittel bewilligt. Sie werden deshalb verstehen, daß wir uns das Recht nehmen, ein wenig zu kritisieren.“

„Dann zeigte eine weinerliche Zeremonie darüber, daß der Reichsminister es nicht verstanden habe, den richtigen politischen Geist in die Reichswehr zu bringen.“

Der Deutschnationale von der Schulenburg ist selbstverständlich mit der Reichswehr vollständig einverstanden, und ist bereit, die ihm bewilligen was die Reichswehr fordert und die ihm zufließen.

Genosse Treuschburg wies in seinen Ausführungen zu nächst darauf hin, daß zwischen den Reden Heyes und der Generalen, und der „Friedenspolitik“ Stresemanns und des „Völkerverbundes“ ein fundamentaler Widerspruch liegt. Die offenen Krisenreden der Generale wagen aber wenigstens einzugestehen, wohin der Kurs geht. Er weiß nicht, daß man immer wenn von Rüstung gegen Osten gesprochen wird, Kolonien und Sowjetland meint. Er hat festgestellt, daß die Ausführungen des Chefs der Heeresleitung die Reichswehr der Wehrmacht unter Führung stilles Offiziers zu bestellen. Gerade die Ausbildung der Wehrverbände gegen den äußeren Feind nicht so hoch gegen den inneren, gegen die Arbeiterklasse. Wenn der General Heye am 1. August 1914 für möglich hält, so möge er sich jetzt kein Leben, daß heute immerhin eine kommunistische Partei bestehe und die Arbeiterklasse doch im Weltkrieg und in den acht Jahren deutscher Republik einiges gelernt habe. Der Chef der Heeresleitung täusche sich sowohl in bezug auf den äußeren Feind (Sowjetland), wie auch bezüglich des inneren Feindes der Arbeiterklasse. Alle die weitere nötige Aufklärung der Arbeiterklasse werde die kommunistische Partei mit allen Mitteln sorgen.

Was die Redensarten über die schlechte Unterfunkt der Soldaten für einen Wert hätten, das zeigte sich am besten im Etat selbst. Für die Mannschaften wird nichts getan, um Frau einer Schenke für Raubfutur aber werden 100000 Mark angefordert. Wenn das Reichswehrministerium die vielen Selbstmorde in der Reichswehr auf die Lebensverhältnisse der Soldaten zurückzuführen verusche, so sei das ein unerhörtes Skandal. Die Soldatenmordhandlungen lehnen etwas anderes. Wenn im übrigen die Soldaten zu Lebensverhältnissen in äußerehlichem Gesichtspunkte genommen würden, so liege das nicht an den Soldaten sondern an dem ganzen Reichswehrsystem das den Soldaten die Heimat verliere. Nicht nur Selbstmorde seien die Folgen dieses Systems sondern auch eine völlige Steigerung der Geschlechtskrankheiten wie die Steilheit der Reichswehrministeriums bewelle. Hier, so schloß Genosse Treuschburg seine Ausführungen, bitte sein Abtreten und Verlassen, hier helfen keine Reformen, hier hilft nur Beseitigung des Systems. Die Kommunisten werden den Kampf gegen dieses System mit allen Mitteln organisieren und führen.

Kennzeichnend für die „Opposition“ der Sozialdemokratie war, daß sie fortgesetzt versuchte die Ausführungen des kommunistischen Redners mit den höchsten Wohlwollen zu unterbrechen. Sie wurde von dem Genossen Treuschburg entsprechend abgelehnt.

Am Freitag, den 18. Februar geht die Ausschussberatung des Reichswehr etats weiter.

Die Deutschnationalen ordern noch mehr Anwen und der Hochverratsparagrafen

Der Reichstagsausschuss der Deutschnationalen Vollpartei befragte erneut während der interaktierten Militärkontrollen 20 Millionen Anwesen über vorhandene Waffen und andere von Deutschen an die interaktierten Offiziere erhaltene Waffen. Diese Schwandehauptung benutzt der Reichstagsausschuss als eine Bestätigung des § 22 des Strafgesetzbuches zu fordern. Dieser Paragraph sieht in seiner jetzigen Fassung die Verurteilung nicht unter zwei Jahren vor für diejenigen, die Staatsgeheimnisse, Ausrüstungspläne, um fremden Regierungen zu übermitteln oder öffentlich bekannt machen, oder Aufklärung der Wehrmacht zu verschaffen, oder unter anderem, die zur Wehrmacht der Wehrmacht des deutschen Reiches oder eines Bundesstaates im Verhältnis zu einer anderen Regierung dienen. Der Reichstagsausschuss fordert eine Verschärfung der Strafandrohung unter Umständen müsse sogar die Todesstrafe angewendet werden.

Der Reichstagsausschuss des Reichstages gab gestern der deutschnationalen Abgeordnete Schöppin die Erklärung ab, daß der Staat durch die Wehrmacht gegen Landesverratshandlungen nicht nur mit allen gesetzlichen Mitteln nachdrücklich und schmerzhaft verfolgen muß.

Schöppin fordert also daselbe, wie der deutschnationale Reichstagsausschuss, man darf dabei nicht vergessen, daß der derzeitige Reichstagsminister der deutschnationale Abgeordnete Schöppin ist.

Amnestie und Amnestie im Reichsausschuss

Der Reichsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag den 17. Februar 1927 zunächst mit dem sozialdemokratischen Antrag zur Frage der Amnestie. Die Regierungsparteien empfahlen die Befreiung des SPD-Antrages nicht auszuweisen. Genosse Kolnberg erklärte, daß die Amnestie gegen die Kämpfer durch das Vergehen der SPD in Preußen verhängt worden sei. Nachdem die Kämpfer den parlamentarischen Bereich mit Verwehren abschließen haben, verlannte naturgemäß die übrigen Parteien die gleiche Behandlung.

gar nicht ernst nehmen. Trotzdem sei die KPD selbstverständlich gegen die Verhängung und für die sofortige Behandlung.

Sehr charakteristisch war, daß ein anwesender Vertreter der preussischen Regierung gegen den SPD-Antrag Stellung nahm. Ministerpräsident Braun lebte also den Antrag Hermann Müllers ab — Gemäß dem Willen der Regierungsparteien wurde eine weitere Beratung verlag.

Der Reichsausschuss wandte sich nunmehr der Befreiung des kommunistischen Amnestieantrages zu.

Genosse Kolnberg sagte in eingehenden Ausführungen, daß eine Amnestie für die politischen Gefangenen unbedingt notwendig ist. Gegenüber den Feststellungen des Ministers Herrat betonte er, daß die Zahl 1000 der noch in Haft befindlichen Gefangenen trifft.

Genosse Kolnberg brachte noch zahlreiches Einzelmateriale vor, das die Unannehmlichkeit der Knechtenschaft darlegt. Besonders besprach er die neueste Leistung des 4. Strafkamers der Verurteilung der kommunistischen Verleger weil sie u. a. Schrifttellen über den deutschen Bauernkrieg von 1525 verurteilt haben.

Für die Regierung sprach zunächst Staatssekretär Joel. Er erklärte sich natürlich gegen jede Amnestie, verkehrte aber, daß das Reichsjustizministerium Gnadenwünsche in allen Einzelfällen durchaus wohlwollend behandle. Dieses Wohlwollen ist den politischen Gefangenen ja genug bekannt. Joel verlor sich auf eine kommunistische Forderung hin bis zur nächsten Sitzung eine Überzicht vorzulegen wie viel politische Anschläge von links und von rechts das Reichsgericht bisher aburteilt hat und wieviel Rechtspulschiffen sich überhaupt heute noch in Haft befinden.

Die Weiterberatung des Amnestieantrages wurde auf Dienstag, den 22. Februar verlag.

Ein neues Ablenkungsmanöver

Wozu Herr Künzler nach Stettin reist.

Der politische Zusammenbruch der Sozialdemokraten-Kampagne ließ Herrn Künzler nicht zur Ruhe kommen. Dieser Zusammenbruch war um so unangenehmer für die sozialdemokratischen Vertrauensleute des englischen Imperialismus in Deutschland, weil er zusammenfiel mit dem denkbaren Glanz, den sowohl die Pariser Konferenz der 2. Internationale und ihre offene imperialistische Haltung, wie die Haltung des Ministers Wandersorge und der anderen belgischen Regierungsoffizialen gegenüber der Brüsseler Konferenz und der nationalen Befreiungsbewegung, im deutschen Proletariat hinterlassen hat. Arthur Künzler hat es unternommen, den allgemeinen Rückzug seiner eigenen Partei und der anderen nationalen Parteien, durch ein neues Strohmannmanöver zu verwickeln. Verschiedene SPD-Mitglieder veröffentlichten ein Interview bezüglich Künzlers mit einem Betriebsrat und einem Hafenarbeiter von Stettin, aus dem nun endlich doch hervorgeht, daß die kommunistischen Kämpfer mit „eiserner Eisen“ waren, als sie die sozialdemokratischen Verleumdungen über Sozialdemokraten-Verleumdung zurückwiesen. Herr Künzler teilt mit, er habe sich deshalb „an Ort und Stelle“ in Stettin (höchst eigen) die Tatsachen zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt in zwei Teilen vor: der erste Teil ein Interview „Betriebsrat“, der anonyme bleibt, der zweite Teil desgleichen mit einem Stettiner Hafenarbeiter, dessen Namen wir ebenfalls nicht erfahren dürfen.

Verlohrte es sich schon ob dieser Anonymität der Gewährler nicht, auf den Inhalt ihrer Erklärungen an Künzler näher einzugehen, so zeigt der Inhalt des neuesten künzlerischen Nachwerks noch eindringlicher, wie wenig ergebnisvoll die Reize des freiwilligen sozialdemokratischen Privatdetektivs nach Stettin war. In den beiden Unterhaltungen wird zunächst die ursprüngliche sozialdemokratische Behauptung von 6 Schiffen, die in Stettin mit russischer Munitionsladung angekommen seien, auf nur noch 2 solcher Schiffe eingeschränkt. Von nur noch einem dieser beiden Schiffe wird der Name genannt, und angeblich konkretes Tatmaterial berichtet. Dieses Schiff soll der Dampfer „Artushof“ gewesen sein, der in den letzten Dezembertagen auf der Reede einer Stettiner Dampferkompanie ausgeladen worden sein soll. Näheres darüber gibt das Interview mit dem anonymen Hafenarbeiter (der anonyme Betriebsrat führt als Beweis für eine angebliche kommunistische Mithilflichkeit nur an, daß kommunistische Arbeiter, deren Namen genannt werden, ebenso wie sozialdemokratische keine hatten, daß auf den Dampfern damals eine Reichsmehrweite in Uniform festgesetzt worden sei, die zu den Schiffen keinen Unbefugten“ hinaussah. Auf die direkte Frage Künzlers an den anonymen Gewährsmann: „Ist — der kommunistische Betriebsrat — Bitte auf dem Dampfer gewesen?“ muß selbst der anonyme Gewährsmann mit „Nein“ antworten! Kunstst. Und zwar zweierlei Kunstst.: erstens, von dem Dampfer „Artushof“ seien 250 Tonnen in je zwei Ladungen ausgeladen worden und als Granaten festgesetzt worden. Wörtlich heißt es im Interview folgendermaßen:

Frage: Was habt ihr geladen?

Antwort: Der Artushof war nicht vollgeladen, er hat 2000 Tonnen Laderraum und wir haben zwei Ladungen von je 250 Tonnen Granaten vom Kaliber 7,7 Zollmeter auf den Segler John Krinmann umgeladen, der nach Kiel ging. Eine solche Granate wiegt etwa 15 Pfund.

Frage: Wieviel Granaten wurden in Stettin ausgeladen?

Antwort: Etwa 3000 Tonnen Artilleriemunition.

Frage: Woran laßt ihr denn, daß es Granaten waren?

Antwort: Wir haben Bruch gemacht, wie das so üblich ist. Die Geheimnistuerei kam uns so lächerlich vor. Man sagte uns, das wäre Rundenisen, aber es waren Granaten. Na, die sind ja auch rund.

Frage: Was habt ihr euch dabei gedacht?

Antwort: Na, das das sicher eine Sache ist, die das Licht zu scheuen hat...

Diese Stelle des Interview ist durchaus bemerkenswert. Der anonyme angeblich beim Ausladen beschäftigte gewesene Arbeiter stellt hier zunächst fest, daß der Dampfer „Artushof“ nicht vollgeladen gewesen sei, 2000 Tonnen Laderraum habe, wobei 500 Tonnen Granaten auf einen Segler angeblich umgeladen worden seien. In der nächsten Antwort spricht er aber von 3000 Tonnen Artilleriemunition, da man nicht annehmen kann, daß selbst Herr Künzler als Beweismaterial einen so offensivlichen Widerspruch anführen kann, nämlich 3000 Tonnen von einem Schiff, das nur 2000 Tonnen Laderraum besitzt und nach eigener Angabe nicht voll geladen war, so kann diese Angabe über 3000 Tonnen nur als Angabe des künzlerischen anonymen Gewährsmann über das lagenhafte andere Schiff gelten, dessen Namen nicht einmal genannt werden kann, das der Hafenarbeiter, der nach seinen eigenen Angaben den „Artushof“ nicht verlassen durfte, nicht betreten haben kann (angeblich wohnte er auch während der Ladezeit auf dem Dampfer „Artushof“). Dieses eine Detail kennzeichnet am Besten die Glaubwürdigkeit des neuesten Materials des Herrn Künzler. Es kennzeichnet ebenso und besonders die Glaubwürdigkeit seines neuesten Gewährsmannes, der dann einige Fragen weiter auch zum Beweis dafür herangezogen wird, daß die auf dem „Artushof“ angeblich geladene Munition — aus Rüstung kamme. Künzler

Saschische Mordtuben

Spandau, 18. Februar (Eigene Drahtmeldung) Am Mittwoch leuerte das Militär des Stahlhelm Otto Krieger auf den Genossen Sadekowitz, der Leiter des KKB in Kattowice war. Eine jeden Vorwachtel gab Krieger 4 Revolverkugeln auf Sadekowitz ab. Sadekowitz liegt mit tödlichen Wunden im Spandauer Krankenhaus.